

1932 D 1447

JOHANN WOLFGANG GOETHE-UNIVERSITÄT
FRANKFURTER AKADEMISCHE REDEN
2

WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFT UND POLITISCHE BILDUNG

REDE ANLÄSSLICH DER ÜBERNAHME DES REKTORATES DER
JOHANN WOLFGANG GOETHE-UNIVERSITÄT AM 5. NOV. 1932

GEHALTEN VON

DR. W. GERLOFF

o. ö. PROFESSOR DER WIRTSCHAFT-
LICHEN STAATSWISSENSCHAFTEN

1932

VERLAG: H. BECHHOLD, VERLAGSBUCHHANDLUNG, FRANKFURT A. M.

WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFT UND POLITISCHE BILDUNG

VON WILHELM GERLOFF

Die Feier der Rektoratsübergabe gibt dem sein Amt antretenden Rektor Gelegenheit, vor festlicher Versammlung über eine Frage seines wissenschaftlichen Arbeitsgebietes zu sprechen. Wenn ich heute diesem Brauche folge, so möchte ich jedoch nicht in gewohnter Weise über Probleme oder Forschungsergebnisse der engeren Fachwissenschaft zu Ihnen sprechen, sondern darüber hinausgreifend einige Ausführungen zu einer allgemeinen, freilich mit dem Gebiet der von mir vertretenen Wissenschaft verbundenen politisch-pädagogischen Frage machen.

In diesem Semester werden es 25 Jahre, daß ich zum ersten Male als Lehrer das Katheder einer Universität betreten durfte. Es war noch vor meiner Habilitation, als ich auf Vorschlag der Tübinger Staatswissenschaftlichen Fakultät von der Württembergischen Unterrichtsverwaltung den Auftrag erhielt, die Vorlesungen des verstorbenen Gustav Schönberg zu übernehmen. Was seit jener Zeit sich mir in meiner akademischen Lehrtätigkeit als pädagogische Erfahrung aufdrängte und zu wissenschaftlicher Ueberzeugung entfaltete, selbstverständlich durch die politischen und ökonomischen Wandlungen, die jene Zeitspanne umfaßt, stark beeinflußt, das möchte ich Ihnen in kurzem Abriß als Gedanken zu dem Thema „Wirtschaftswissenschaft und politische Bildung“ vortragen.

I.

Wirtschaftswissenschaft und politische Bildung! Ich bin mir bewußt, hier nicht mehr als einen Ausschnitt aus der Fülle der Fragen geben zu können, die der mit diesen beiden Worten umschriebene Problemkreis birgt. Von vornherein will ich deshalb mein Thema nach zwei Seiten hin abgrenzen. Es soll hier nicht den Zusammenhängen nachgegangen werden, die, wie Herbert Spencer geistvoll angedeutet hat, zwischen den jeweils herrschenden und einander ablösenden wirtschaftspolitischen Anschauungen und den aufeinanderfolgenden Erziehungs-

systemen bestehen. Ebensowenig soll die Frage der Stellung der Bildung in nationalökonomischen Lehrsystemen, ich denke an Julius von Soden, Heinrich Storch und manche andre, erörtert werden.

So werden Sie es verstehen, daß ich auch nicht lange bei der umstrittenen Frage verweile, was Bildung heißt. Die Prägung, die Goethe dem Begriff der Bildung gegeben hat, ist bekannt: „Sich mitzuteilen ist Natur; Mitgeteiltes aufzunehmen, wie es gegeben wird, ist Bildung“. Und dazu das Bildungsziel, das er aufstellt: „Mich selbst, ganz wie ich da bin, auszubilden, das war dunkel von Jugend auf mein Wunsch und meine Absicht“. Vielleicht darf ich auch noch hinzufügen das Wort an den jungen Hetzler: „Dabei müssen wir nichts sein, sondern alles werden wollen“.

In diesem Sinne bedeutet uns Bildung ein Doppeltes: einen geistigen Besitz und die Aneignung dieses geistigen Besitzes im Sinne von Ausbildung, wobei man sich bewußt sein muß, daß dieser Besitz und dieses Besitzergreifen zugleich eine Gestaltung und Formung des Besitzträgers eben im Sinne des Wortes „bilden“ bedingt, die ihrerseits selbst wiederum Gestaltung des geistigen Besitzgutes bedeutet. In dieser subjektiven geistigen Formung einerseits und ihrer objektiven Auswirkung andererseits ist sogar, namentlich wenn wir von politischer Bildung sprechen, das Wesentliche aller Bildung zu erblicken.

Jede Zeit erfüllt ihren Bildungsbegriff mit einem besonderen Inhalt, und abwechselnd sind verschiedene Kulturausschnitte als wesentliches Bildungsgut angesehen worden. Man braucht nur an das Vorherrschende philosophischer, ästhetischer oder auch naturwissenschaftlicher Bildungsgelände zu denken. Daß aber das Politische je ein wesentliches Bildungselement gewesen sei, wird man jedenfalls für die deutsche Bildung nicht behaupten können. Der klassische Bildungsbegriff — das Bildungsideal des deutschen Klassizismus —, wie er von Herder, Goethe, Wilhelm von Humboldt u. a. entfaltet und gestaltet worden ist, hat keinen politischen Einschlag. Es ist schon oft darauf hingewiesen worden, wie Hans Freyer noch jüngst bemerkt hat, daß die Träger dieses deutschen Bildungsprinzips wesentlich apolitische Schichten waren. „Schichten, die keinen verantwortlichen Anteil am politischen Geschehen hatten, die aber einen Anteil an den staatlichen oder sozialen Machtmitteln auch nicht erstrebten, oder gar revolutionär zu erkämpfen im Begriff waren.“

Heute stehen wir vor einer ganz anderen Sachlage. Aber nicht diese uns selbstverständliche Tatsache ist zu unterstreichen, sondern auf die Kräfte ist hinzuweisen, die die alte Sozialordnung zerbrachen und neue gesellschaftliche und politische Mächte erstehen ließen. Ein Jahrhundert

wirtschaftlicher und technischer Umwälzung durch den sogenannten Kapitalismus hat Geist, Kultur und Lebensstil zersetzt, gewandelt und umgeformt. Die Folge ist nicht nur eine Verschiebung in der Rangordnung der Bildungswerte, sondern eine (ich muß das viel gebrauchte oder mißbrauchte Wort verwenden) Bildungskrise überhaupt. Das heißt, das alte Bildungsprinzip entspricht nicht dem neuen gesellschaftlichen und politischen Aufbau; ein neues allgemein gültiges aber ist nicht an seine Stelle getreten, trotz des heißen Bemühens von Männern wie Kerschensteiner, Tröltsch, Spranger u. a. — und wird vielleicht auch in absehbarer Zeit überhaupt nicht gefunden werden können.

Dieser Sachverhalt und in Zusammenhang damit die Bedeutung des Bildungsproblems für die gesellschaftliche Entwicklung ist von der Wirtschaftswissenschaft frühzeitig erkannt und gewürdigt worden. Ich erinnere an ein Wort von Rodbertus. In einer Schrift, die 1837 bereits verfaßt sein soll, sagt der angesehene Nationalökonom: „Zwei Systeme sittlicher Institutionen gibt es, welche die Gesellschaft zusammenhalten, das eine auf Zucht, das andere auf Bildung gegründet. — Von dem ersten hat die Gegenwart nur die letzten sinkenden Trümmer, von dem zweiten erst die rohen elementarischen Anfänge“.

Das Bildungsproblem, das in der Wirtschaftswissenschaft seit Justi zunächst nur im Rahmen der Gewerbepolitik Beachtung gefunden hatte, erscheint also bei Rodbertus wie übrigens schon vorher bei anderen Sozialreformern als ein Teilproblem der sozialen Frage. Insbesondere war es ein gewisser utopischer Sozialismus, der geneigt war, die soziale Frage schlechthin als ein Problem der Volksbildung anzusehen. Das ist in einem doppelten Sinne der Fall: einerseits wird die falsche Erziehung und Ausbildung als Ursache der sozialen Disharmonien bezeichnet, womit zugleich der Glaube an die Möglichkeit der Verbesserung der Menschen mittels Erziehung verbunden ist. Andererseits erscheint, wie bei Platon, Bildung — der im Idealstaat des attischen Philosophen höchste politische Bedeutung zukommt — als berufen, die neue Staats- und Gesellschaftsordnung zu bestimmen und zu gestalten.

Aber auch dem Lassalleanismus ist ebenso wie dem Marxismus Bildung eine politische Angelegenheit. „Wissen ist Macht und Bildung macht frei“ ist das Thema einer Festrede Wilhelm Liebknechts aus dem Jahre 1872, die in zahlreichen Auflagen verbreitet worden ist. In demselben Jahre traten die Gründer des Vereins für Sozialpolitik in Eisenach zusammen. In der Eröffnungsrede zur Besprechung der sozialen Frage legte Gustav Schmoller dar, was die Einberuher zusammengeführt habe, nämlich die gemeinsame Auffassung des Staates als „das großartigste sittliche

Institut zur Erziehung des Menschengeschlechts“, sowie die Ueberzeugung von der Größe und Dringlichkeit seiner sozialen Aufgaben und Pflichten. „Wir verlangen nicht“, sagte Schmoller, „daß der Staat den unteren Klassen Geld zu verfehlten Experimenten gebe, aber wir verlangen, daß er ganz anders als bisher für ihre Erziehung und Bildung eintrete.“ In dieser Auffassung begegneten sich damals die Vertreter des Kathedersozialismus und der ethischen Richtung der Nationalökonomie mit den Anhängern des ökonomischen Liberalismus Stuart-Millscher Prägung.

Bei anderer Gelegenheit hat Schmoller seine These in die später viel zitierten Worte gefaßt: „Der letzte Grund aller sozialen Gefahr liegt nicht in der Dissonanz der Besitz-, sondern der Bildungsgegensätze. Alle soziale Reform muß an diesem Punkte ansetzen.“ Das klingt an eine Bemerkung an, die sich in der Aristotelischen Politik findet. Wohl gelte es, meint der Stagirite, eher die Begierden als die Vermögen auszugleichen. Daher verlangten einige Gleichheit der Erziehung; man müsse aber sagen, wie diese Erziehung sein solle.

Ohne die pädagogische Weisheit dieses Wortes zu verkennen, das gerade für eine Zeit, die nach einer neuen, nicht mehr allein oder wesentlich vom Egoismus getragenen Wirtschaftsverfassung sucht, seine tiefe Bedeutung hat, müssen wir heute doch gegenüber Schmoller, dessen Ausspruch für seine Zeit gewiß richtig war, ein anderes betonen: Was die Gegenwart kennzeichnet, ist nicht wie in vergangenen Zeiten ein starker Bildungsgegensatz, sondern ein allgemeiner Bildungsmangel, der für unser öffentliches Leben als störend empfunden wird. Das hat neben manchem anderen zunächst seinen Grund darin, daß zur Teilnahme am öffentlichen Leben heute andere und vor allem breitere Schichten berufen sind als ehemals. Von hier aus erfüllt die neue soziale und politische Entwicklung auch die Bildungsfrage mit ihrer eigenen Spannung.

Nacheinander ist das Bildungswesen unseres Volkes bestimmt worden durch das klerikale oder kirchlich-lateinische, sodann durch das höfische und im 19. Jahrhundert durch das bürgerliche oder humanistisch-hellenistische Bildungsideal. Friedrich Paulsen, dem wir diese Unterscheidung danken, hat das einmal so ausgedrückt, daß das Bildungsideal des deutschen Volkes nacheinander beherrscht worden sei von dem Bildungsideal des ersten Standes, des Klerus, sodann von dem Bildungsideal des zweiten Standes, des Adels, und darauf von dem Bildungsideal des dritten Standes, des Bürgertums. Die Fortführung dieser Reihe stellt von selbst die Frage, ob nun etwa ein Bildungsideal des vierten Standes oder ein Bildungsideal der Demokratie zur Ablösung des alten bürgerlichen Bildungsideals berufen sei. Und doch liegt in dieser Frage nicht

eigentlich das Problem. Gewiß, man könnte sich vorstellen, daß, wie jedes Bildungsideal früherer Zeiten, zuerst das Bildungsideal kleiner Schichten und Kreise war und dann, oft unter deutlichem und starkem Inhaltswandel, das Ziel breiterer Schichten und Kreise wurde, so auch ein ursprünglich klassenegoistisch orientiertes Bildungsideal des vierten Standes in ein allgemein verpflichtendes volkhaftes Bildungsideal umgewandelt würde. Aber dafür fehlen einstweilen alle Voraussetzungen im Unterbau wie im Ueberbau, in Wirklichkeit und Ideologie. Das will sagen, die seit langem deutliche Wandlung in den Grundlagen unseres Wirtschaftssystems mit ihren Ansätzen zu korporativen Bindungen und neuen Formen der Vergesellschaftung hat zwar allerhand durch Interessenlage und Aufgabenbereich der Gruppen und Schichten bestimmte realistische Bildungsziele gezeitigt, aber, wie schon erwähnt wurde, nicht vermocht, an Stelle des alten idealistischen Bildungsprinzips ein neues von allgemein verpflichtender Kraft zu setzen. Das gilt auch von der völkischen Bildungsidee, so bedeutsam diese, wenn sie allen gefühlsmäßigen Ueberschwanges entkleidet ist, für die Gewinnung eines neuen Bildungsprinzips vielleicht einmal zu werden vermag. Ein solches Prinzip oder besser eine solche Bildungsidee kann nicht konstruiert werden; sie muß aus der geschichtlichen Lage erwachsen und von der Gesamtheit, die sie verpflichtet, erarbeitet werden. Gewiß scheint mir nur dieses zu sein, daß die neue Bildungsidee starken politischen Gehalt haben wird und daß die Wirtschaftswissenschaft, dieses Wort immer in dem weiteren Sinne der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften verstanden, zu ihren stärksten Faktoren gehören wird.

Darüber können wir uns heute schon Rechenschaft geben, wenn wir nach dem Bildungswert der Wirtschaftswissenschaft fragen. Die Antwort auf diese Frage zu geben, kann und soll jedoch hier nicht versucht werden: denn sie müßte ebenso weit- wie tiefgreifend die Stellung der Wirtschaft in unserem gesellschaftlichen Dasein und ihre Bewertung im weltanschaulichen Denken der Gegenwart aufzeigen. Doch hoffe ich, daß meine weiteren Ausführungen immerhin einiges zur Beantwortung dieser grundsätzlichen Fragen beitragen werden.

II.

Was ist uns nun politische Bildung? Und welches ist das Verhältnis der Wirtschaftswissenschaft zu ihr? Auf die erste Frage hat Ihering einmal ganz schlicht geantwortet: „Was heißt politische Bildung eines Volkes? Daß der gemeine Mann kannegießern kann? Daß Schuster, Schneider und Handschuhmacher dem gewiegten Staatsmann das Exerzitium

korrigieren? In meinen Augen heißt politische Bildung des Volkes nichts anderes als das richtige Verständnis der eigenen Interessen.“ Und ein anderer Rechtslehrer, Ad. Exner, bemerkt zur gleichen Frage: „Alles für möglich, nichts für unmöglich, aber auch nichts für notwendig zu halten, ist bei jedermann das untrügliche Zeichen politischer Unbildung“. Es liegt nahe, auf die Gegenwart zu verweisen, die uns täglich die deutlichsten Beispiele solcher politischen Unreife vor Augen führt. Aber es ist wohl stets so gewesen, daß in Zeiten politischer oder ökonomischer Erschütterungen Erscheinungen dieser Art seuchenartig auftreten. Auch die Zeichen solcher verzweifelten Krankheit sind immer die gleichen: ein politisches Sektierertum, das seinen Zuzug der Leichtgläubigkeit und Unwissenheit einer bedrückten und darum verblendeten und leicht zu betörenden Menge verdankt, leidenschaftlich bewegte, oft demagogische oder naiv wirklichkeitsfremde Führer und eine urteilsunfähige Anhängerschaft von eifervollem Starrsinn und einem blindwütigen Fanatismus, der selbst vor Bubenstücken und Verbrechen nicht zurückscheut; ja, es wohl wagt, sie zu verherrlichen. Politische Bildung, die uns ebenso ein bestimmter geistiger Besitz wie eine geistige Form und Haltung ist, wird man hier vergeblich suchen.

Aber auch darüber hinaus ist es übel genug bestellt. Wie viele, um die Beispiele aus dem Gebiet der Wirtschaftswissenschaft zu wählen, die sich der Schlagworte Kapitalismus oder Marxismus bedienen, vermögen sich darunter etwas Zutreffendes vorzustellen? Wie wenige, die den Stimmzettel abgeben, sind in der Lage, sich über die Fragen der Agrarpolitik ein Urteil zu bilden, obwohl jede Partei ihr Agrarprogramm hat? Kann es da wundernehmen, daß Schlagworte wie Autarkie, Festwährung, Brechung der Zinsknechtschaft in kritikloser Hinnahme Glauben und Beifall finden? Ist nicht auch die Vielzahl unserer Parteien und der widerspruchsvolle Inhalt ihrer Programme ein deutliches Zeichen des Mangels an politischer Einsicht? Man sehe sich die Programme gerade der stärksten und radikalsten Parteien an, in denen nichts anderes steht, als: wir fordern! Wir fordern dieses und jenes, alles, was den Ohren der Massen so wohlgefällig klingt. Nicht anders steht es mit den parteiamtlichen Erläuterungen solcher Programme. Unbekümmert um das, wie etwas zu machen ist, wird das, was getan werden soll, versprochen, und etwaige Zweifel werden mit kräftigen Anklagen gegen die bestehenden Zustände unterdrückt. Ist es schließlich nicht ein erschreckendes Symptom politischer Unreife, wenn in einem Volke die einen offen mit dem Gedanken der Diktatur spielen und die andern es sich gleichmütig gefallen lassen!

Können wir angesichts dieses wahrhaft betrüblichen Tiefstandes der politischen Bildung überhaupt hoffen, daß die Lehre zur Besserung dieser Zustände beizutragen vermöge? Gewiß, wir wollen nicht, wie Troeltsch es einmal rügt, in den alten deutschen Fehler verfallen, das, was ein starkes und bewegtes öffentliches Leben erzeugen soll, der Schule und der Doktrin aufzubürden, aber im Gegensatz zu Troeltsch glauben wir, daß politische Bildung niemals allein aus dem öffentlichen Leben und der politischen Arbeit erwachsen kann, sondern daß sie ihre Grundlage in der Wissenschaft finden muß und daß Lehre und Leben vereint es sind, die wahre politische Bildung erzeugen. Das heißt weder der Wissenschaft eine unerfüllbare, ihr wesensfremde Aufgabe zumuten, noch dem Leben Beschränkungen auferlegen, die es niemals beachten wird. Es heißt auch nicht, der Politik die Gesetze des Handelns vorschreiben oder praktische Forderungen stellen wollen, sondern es heißt, dem politischen Willen das theoretische Rüstzeug, der politischen Ueberzeugung die tragfähige Grundlage geben.

Aber hat es überhaupt einen Sinn, von politischer Bildung zu sprechen? Ich stelle diese Frage nicht nur im Hinblick auf die Erscheinungen des politischen Kampfes, sondern auch mit Bezug auf jene Lehre, der der Begriff des politischen letzten Endes von der realen Möglichkeit eines Feindes bestimmt wird (Carl Schmitt). Antwort: Politische Bildung will ja gar nicht das Politische aufheben, woran man denken mag, wenn der Begriff auf die allzu schmale Grundlage des anständigen politischen Verhaltens bezogen wird, sondern sie will gerade in ihrer Verbindung mit Wirtschaftswissenschaft die sachliche Grundlage des politischen Handelns betonen und dadurch allerdings auch die Formen eben dieses politischen Handelns selbst mitbestimmen.

Die Forderung nach politischer Bildung will nicht mehr und nicht weniger als die Postulate der Ethik und der Oekonomie in der Politik zur Geltung bringen. Der Weg der Demokratie ist der Weg zur Politisierung aller Lebensgebiete, vor allem der Wirtschaft. Mit der Anerkennung dieser Tatsache ist der Anspruch der Wirtschaftswissenschaft für die politische Bildung unserer Zeit angemeldet. Von hier aus wird man dann auch das Bildungsideal Sprangers würdigen können: „Das Leben ist sozialisiert, die gesellschaftliche Arbeit ist organisiert und ein neues großes Ethos ist über dem freien Fortschrittsgeist erwachsen, das Ethos der Kollektivverantwortlichkeit.“

Gleichviel, ob man die Verwirklichung dieses pädagogischen und politischen Ideals in der Volksgemeinschaft oder in der klassenlosen Gesellschaft, im liberalen oder im totalen Staat erblickt, politische Bildung

bleibt die Aufgabe. Sie ist heute nur möglich durch Vermittlung des Bewußtseins des lebendigen Zusammenhanges der sozialen Einheit von Volk, Staat und Wirtschaft.

Drei Disziplinen sind es, die dazu vornehmlich und in gleicher Weise berufen sind: die Staatslehre, die Geschichte und die Wirtschaftswissenschaft. Verleiht die Staatslehre Einblick in das Leben des Staates und Einsicht in die Notwendigkeit und die sittliche Bedeutung der staatlichen Zwecksetzungen und der politischen Mittel ihrer Verwirklichung, eröffnet die Geschichte das Verständnis für den äußeren und inneren Zusammenhang alles sozialen Geschehens, so zeigt die Wirtschaftswissenschaft den Tatsachenbereich des wirtschaftlichen und sozialen Lebens in seinen Verursachungen, Verknüpfungen und Wirkungen und insbesondere in seinem tiefgehenden Einfluß auf die staatlichen und politischen Zustände. Die Wirtschaft nimmt in der Art, in den Kräften und in der Wirkung, mit der sie ihre Werte, Mittel und Zwecke zur Geltung bringt, eine besondere Stellung ein, die in gleicher Weise keinem anderen Lebensgebiete zukommt. Dem entspricht der Beitrag zur politischen Bildung, den die Wirtschaftswissenschaft zu geben vermag oder besser geben muß. Wenn Roscher in seinen „Ansichten der Volkswirtschaft aus dem geschichtlichen Standpunkte“ meint, daß „die gedeihliche Entwicklung unserer ganzen Kultur durch die richtige Ergründung und allgemeine Verbreitung nationalökonomischer Wahrheit bedingt wird“, so mag das wohl einseitig sein, denn die kulturelle Entwicklung hängt gewiß von mehr als bloß nationalökonomischer Einsicht ab, aber ist darum doch nicht falsch.

Man kann auch die Bedeutung unserer Wissenschaft für die politische Bildung, wie ich glaube, nicht damit abtun, daß man den Meinungsstreit über Wesen und Aufgabe dieser Wissenschaft in den Vordergrund schiebt oder sie der Unfertigkeit zeiht. Gewiß, es mag den Jünger unserer Wissenschaft abschrecken, wenn er von drei Nationalökonomien hört oder gar von sieben! Aber es wäre eine gründliche Verkennung des Wesens aller Wissenschaft, wenn man die Uebereinstimmung in Methodenfragen — denn darum handelt es sich — zur Voraussetzung der Geltung einer Wissenschaft machen wollte. Was aber die Meinung von der Unfertigkeit oder gar Fragwürdigkeit nationalökonomischer Erkenntnisse anbetrifft, so bedarf auch diese der Richtigstellung. Unfertig wird eine Wissenschaft vom Leben immer sein; fragwürdig aber sind nicht die Ergebnisse der Nationalökonomie, sondern die Wertungen des ökonomischen und sozialen Geschehens. Was aus der skeptischen Beurteilung des Standes unserer Wissenschaft spricht, ist ja im Grunde etwas anderes als

ihre Verneinung: es ist das wirtschaftswissenschaftliche Bedürfnis unserer Zeit. Dieses ist freilich so tief und dringend wie kaum je zuvor. Das braucht nach den Umwälzungen des letzten Jahrzehntes, die nicht mehr und nicht weniger als die alte Wirtschaftsverfassung überhaupt in Frage gestellt haben, hier nicht weiter ausgeführt zu werden. Die „Krisis in der Volkswirtschaftslehre“, von der man gelegentlich gesprochen hat, ist vielmehr eine Krise unserer Wirtschaftsgesinnung als der Wirtschaftswissenschaft.

III.

Wenn politische Bildung einerseits einen geistigen Besitz bedeutet und die Vermittlung eines solchen Besitzes, dann ist es für jeden, der den Bereich dieser Wissenschaft kennt, klar, was die Wirtschaftswissenschaft in Anspruch nehmen kann, für die politische Bildung zu leisten. Und wenn politische Bildung andererseits eine geistige Haltung ist, so ist damit nichts anderes gesagt, als daß wir der Zucht des Denkens über wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Dinge einen besonderen sittlich praktischen Wert zuschreiben. Beides möge an einer Kernfrage der Politik gezeigt werden.

Alle großen geistig-politischen Auseinandersetzungen der letzten beiden Jahrhunderte haben das Verhältnis des Individuums zum Staat unmittelbar oder mittelbar zum Gegenstand. Auch die politischen Strömungen der Gegenwart sind gekennzeichnet durch das Bestreben ihrer Träger, einen neuen Standpunkt zum Staate zu gewinnen. Mit dieser Feststellung ist, wie nebenbei bemerkt werden soll, gesagt, daß der Staat in solchen Zeiten nicht als des Volkes eigenes Ich empfunden wird, sondern als etwas außerhalb Stehendes, zu dem ein Standpunkt gesucht und gefunden werden muß. Neben diese Frage der Standortorientierung zum Staate, ja, man darf heute wohl ohne Widerspruch zu finden sagen, vor sie in der Rangfolge der dringlichen Fragen der Lebensordnung, ist seit langem schon eine andere getreten, die dem Menschen unserer Zeit noch näher liegt — es ist die Frage nach dem Verhältnis zur Wirtschaft oder auch zur Wirtschaftsverfassung. Aus der Antwort auf diese Frage bestimmt sich heute auch das Verhältnis des einzelnen zum Staate.

Die Frage des jungen Wilhelm v. Humboldt nach den Grenzen der Wirksamkeit des Staates, von ihm nur gedacht als Warnung vor Vielregiererei und Staatsabsolutismus, hat in unserer Zeit von der Wirtschaft her einen ganz anderen Sinn und anderes Schwergewicht bekommen. Sie erheischt Stellungnahme zu dem Grundproblem des wirtschaftlichen und politischen Lebens, für das Böhm-Bawerk die Formel geprägt

hat: Macht oder ökonomisches Gesetz! Für den Nationalökonom kann freilich die Entscheidung in dieser Frage nicht schwer sein; schwierig ist es nur, die Grenzen richtig aufzuzeigen, innerhalb deren sowohl für individuelle Freiheit und Selbstbestimmung, wie für staatliches Handeln und Eingreifen Raum und Wirkungsmöglichkeit gegeben erscheint. Dem kann und braucht hier nicht nachgegangen zu werden und ebensowenig der nicht minder schwierigen, damit zusammenhängenden Frage nach dem Wesen des ökonomischen Gesetzes. Es genügt, festzustellen, daß das Wirtschaftsleben Gesetzmäßigkeiten unterliegt. Das Wort Schillers ist ja bekannt:

„Einstweilen bis den Bau der Welt Philosophie zusammenhält,
Erhält sie das Getriebe durch Hunger und durch Liebe.“

Oder das andere Wort von Fr. W. Weber aus Dreizehnlinden:

„Denn so lange Haß und Liebe, Furcht und Gier auf Erden schalten,
Werden sich der Menschheit Lose ähnlich oder gleich gestalten.“

Wer das anerkennt oder auf das Wirtschaftsleben angewendet, wer überzeugt ist, daß, wie Böhm-Bawerk es formuliert hat, auch das gebieterischste Machtdiktat nicht gegen, sondern nur innerhalb der ökonomischen Wert-, Preis- und Verteilungsgesetze wirken kann, sie nicht aufhebend, sondern bestätigend und erfüllend, der wird sich der Bedeutung der Kenntnis der Wirtschaft und ihrer Lebensgesetze für alles politische Handeln nicht verschließen können. Wenn man von Grenzen der Besteuerung, Grenzen der Sozialpolitik und dergl. spricht, so will das ja nichts anderes besagen, als daß man sich der Eigengesetzlichkeit der Wirtschaft bewußt ist. Wohin es führt, wenn die Macht glaubt, den Gesetzen der Wirtschaft entgegenhandeln zu können, das haben wir und das hat die Welt an der Geschichte der Reparationen erfahren und erleiden müssen.

Aus der Gegensätzlichkeit, die so oft zwischen politischen Wünschen und wirtschaftlichen Möglichkeiten obwaltet, entsteht jener Widerstreit, den man im täglichen Leben mit dem Schlagwort Politik und Wirtschaft bezeichnet und der in der ganz falschen Fragestellung nach dem Primat der einen oder der anderen Macht mündet. So hören wir aus den sogenannten Kreisen der Wirtschaft immer wieder die Forderung, die Wirtschaft habe der Politik zum mindesten die Wege zu weisen. Die Männer der praktischen Politik aber betonen mit Nachdruck, daß die Politik die Wirtschaft zu führen habe, nicht umgekehrt. Die Folge aber ist: das Wirtschaftsleben wird, wie Max Weber es einmal

ausgedrückt hat, politisiert und die Politik wird ökonomisiert. Das hat für deutsche Verhältnisse erstmalig vielleicht Treitschke festgestellt. Es war nach dem Abschluß der Zolltarifreform von 1879. Damals, als Bismarck seine Bauernbriefe schrieb und die neue Praxis wirtschaftlicher Interessenpolitik, wie Treitschke feststellt, sich zu trauriger Virtuosität ausbildete, kam es zu einer schweren Erschütterung des Ansehens des jungen deutschen Parlamentarismus. Wir vergessen nämlich allzuleicht, welchen langen und schweren Weg das deutsche Volk in Politik und Wirtschaft zu gehen gehabt hat und glauben, die Schwächen der Gegenwart seien Fehler unserer Zeit und nicht das Erbe einer wenig glücklichen politischen Vergangenheit. Hören Sie, was der angesehene Historiker in den Preußischen Jahrbüchern, die er damals redigierte, von der Zolltarifreform des Jahres 1879 sagt: „Die verschiedenen Interessengruppen scharten sich zu unnatürlichen Koalitionen zusammen. Dutzende von Interessenten stimmten für Zollsätze, welche sie im stillen mißbilligten, lediglich, um ihr eigenes Schäfchen ins Trockene zu bringen, um sich Bundesgenossen für die Begünstigung ihres eigenen Erwerbszweiges zu sichern“. Und dann fügt er hinzu, es sei wohl an der Zeit, „die unmäßig gesteigerte Tätigkeit des deutschen Parlamentarismus, die der Nation zum Ekel zu werden beginnt, und die Häufigkeit der aufregenden Wahlkämpfe etwas zu beschränken“.

Könnte das nicht heute geschrieben sein? Und warum führe ich das an? Weil ich glaube, daß es uns auch zu einer gerechten Beurteilung unserer gegenwärtigen Lage verhelfen kann. Der Notstand unserer Zeit ist nur dieser, daß wir von einer Uebertreibung in die andere verfallen oder von einem Gegensatz in den andern geworfen werden. Unmittelbar nach dem Kriege, als der alte Staat zusammengebrochen war, da sah es wie ein Ueberwuchern der Wirtschaft über den Staat aus. Die Eroberung des Staates durch die Wirtschaftsleiter wurde prophezeit und in einer unserer führenden Tageszeitungen erschien ein Aufsehen erregender Artikel „Wirtschaftliche Herzogtümer“. Ein paar Jahre später aber beklagt sich die Wirtschaft über die Vergewaltigung durch die Politik. Es wiederholt sich hier nur, was sich im Wechselspiel der Geschichte immer wiederholt hat, solange wir von einer Wirtschaft, die Objekt der Verwaltung ist, sprechen können.

Es wäre nun gewiß töricht, zu glauben, daß die Auflösung der Dissonanz Politik und Wirtschaft zu dieser oder jener Harmonie nur eine Frage der wirtschaftswissenschaftlichen Bildung sei, wo in Wirklichkeit tief wurzelnde Interessen der wirtschaftlichen und sozialen Lage ebenso

wie letzte Gegensätze der Weltanschauung einander gegenüberstehen. Man denke an das Tarif- und Schlichtungswesen, an die Kartellgesetzgebung, an die öffentliche Kreditpolitik, an die Kämpfe um Steuerbelastungen oder gar an die Frage der Gestaltung der Industrie- und Agrarverfassung und schließlich des ganzen Wirtschaftssystemes. Aber die wirtschaftswissenschaftliche Bildung kann, wie wir glauben, wohl das ihrige dazu beitragen, der theoretischen Auseinandersetzung wie der praktischen Arbeit jene Läuterung zu verleihen, die das ordnende und verstehende, den Seinszusammenhang erkennende und deutende Wissen um die wirtschaftliche Wirklichkeit verbürgt.

Letzten Endes handelt es sich bei alledem um ein uraltes Problem, das freilich vom Leben immer wieder neu gestellt und mit neuem Inhalt erfüllt wird und mit dem jede Generation sich auseinanderzusetzen hat. Es ist die Frage nach dem Verhältnis von Staat und Wirtschaft. Für den Liberalismus ist diese Frage allerdings kein Problem. Die Vorzugsstellung der Wirtschaft ist ihm Axiom und den Staat hält er weder für befugt noch befähigt, die Wirtschaft zu ordnen oder zu leiten. Das Grundprinzip des Liberalismus, die Ablehnung jeglicher Einmischung des Staates in die individuellen Lebensbeziehungen, insbesondere auch in die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse bedeutet auch für die politische Bildung eine höchst einfache Grundregel: Wahrung einer möglichst breiten staatsfreien Sphäre! Der Staat ist nur Mittel für die Zwecke der Wirtschaft und die Lehre vom Staat wird sozusagen ein Teil der Wirtschaftslehre, nämlich der liberalen Wirtschaftswissenschaft. Diese aber wird Element der politischen Bildung unbedingt in England, theoretisch mindestens auch in Deutschland und überhaupt überall dort, wo die kapitalistische Wirtschaft ihren Siegeslauf nimmt. Die Begriffe der liberalen Wirtschaftspolitik, wie internationale Arbeitsteilung, Freihandel usw. werden Selbstverständlichkeiten der politischen Bildung.

Längst nicht so eindeutig wie die politische Bildungsidee des Liberalismus ist die des Sozialismus. Ihre Wandlungen kann man mit dem Titel jener beiden Schriften, der von Engels und der von Radek, bezeichnen, die den Ideenwandel des modernen Sozialismus auf die Formel gebracht haben: „Von der Utopie zur Wissenschaft“ und „Von der Wissenschaft zur Tat“. So wie sich darin ein Wechsel in der Auffassung des Sozialismus zum Problem Staat und Wirtschaft ausdrückt, die von der utopischen Vorstellung des alles ordnenden, Glück und Gleichheit verwirklichenden Staates ausgeht, um über die marxistische Vorstellung vom absterbenden Staat, der in das Museum geschichtlicher Altertümer

gehört, zum Wirtschaftsstaat der Diktatur zu führen, so auch ein Wandel in der Stellungnahme zum Problem der Politik und der politischen Bildung. Man braucht ja auch nur an den alten Streit in der sozialistischen Bewegung zu erinnern, ob sich das Proletariat am politischen Leben überhaupt beteiligen solle oder nicht.

Während der Liberalismus das Problem der Wertrangordnung Staat und Wirtschaft nicht kennt und der Sozialismus es aufhebt, fordert der Nationalismus bedingungslose Unterwerfung der Wirtschaft unter den Staat. Das formgebende Prinzip der Gesellschaftsordnung ist zwar auch dem Nationalismus die Wirtschaft, aber eine als organisches Ganzes und nicht als eine Summe von allein durch den Egoismus verknüpften Individuen gedachte Wirtschaft, eben eine Volkswirtschaft mit berufsständiger Wirtschaftsordnung, die zugleich Volks- und Staatsordnung ist. Der Staat wird von der Wirtschaft nicht abgelehnt, auch nicht zu ihrem Diener gemacht, sondern er wird selbst zur Wirtschaftsmacht erhoben. Er ist Wirtschafts- und Wohlfahrtsstaat, Verwaltungs- und Unternehmerstaat.

Dieser Etatismus, wie man im Hinblick auf die Ausdehnung der Staatstätigkeit auch zu sagen pflegt, bedeutet nicht etwa die Verwirklichung einer neuen Staatseinheit, sondern den Kampf der Gesellschaftsmächte um die Staatsgewalt. Dieser Kampf erhält sein Gepräge dadurch, daß er zugleich um die grundsätzliche Neuordnung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens geführt wird. In dieser Sachlage wird der Wirtschaftswissenschaft eine besondere Aufgabe zuteil, nicht als ob sie unmittelbar in diesen Kampf eingreifen könnte, ihm Ziele geben oder gar Entscheidungen fällen sollte, sondern ihre Aufgabe ist bescheidener. Sie hat auf ihrem Gebiet das Handwerkszeug zur Kritik des staatlichen, wirtschaftlichen Könnens und Sollens zu liefern. Sie hat den Anspruch der Omnipotenz des Staates in wirtschaftlichen Dingen auf jenes Maß zurückzuführen, das Erfahrung und Erkenntnis sie als unüberschreitbar gelehrt haben. Die Aufgabe der Wirtschaftswissenschaft ist dabei gewiß keine beneidenswerte. Sie, der die liberale Doktrin unbeschränkte Souveränität einräumte, und der auch der Sozialismus die ehrenvolle Stellung des neutralen Schiedsrichters zuwies, wird in die Rolle eines Leibarztes des autarken Machtstaates gedrängt, der die Aufgabe hat, den hohen Schützling vor Diätfehlern zu bewahren. Wenn es hoch kommt, kann sie — ein Prediger in der Wüste — zur Ernüchterung und zu Verantwortungsbewußtsein mahnen, wo die Verzückerung der

Staatsanbeter und das Fieber der Staatsvergottung in Wahnvorstellungen und Machtüberschreitungen sich austobt.

IV.

Dennoch wird sich die Wirtschaftswissenschaft, wenn sie vor die Frage gestellt ist, welchen Beitrag sie zur politischen Bildung der Gegenwart zu leisten hat, nicht mit dieser Stellung begnügen können und dürfen. Als die Wissenschaft nicht nur vom Leben der Wirtschaft oder gar bloß von ihren mechanisch abrollenden Elementen, sondern darüber hinaus vom Geist und Sinn des Wirtschaftslebens wird sie auf ihrem Gebiete die Aufgabe haben, dem politischen Handeln die Möglichkeiten und Grenzen zur Verwirklichung seiner Werte zu zeigen. Den Werturteilen der Politik in wirtschaftlichen Dingen durch die Erkenntnisurteile der Wirtschaftswissenschaft das sichere Fundament zu geben, das ist ihr bescheidener Beitrag zur politischen Bildung. Aber er scheint mir dennoch nicht verachtenswert in einer Zeit, wo gerade von der Politik her das Verhältnis von Staat und Wirtschaft, Gesellschaft und Klasse, Kapital und Arbeit ebenso leidenschaftlich umstritten wie verzerrt dargestellt wird und wo darüber hinaus zugleich von der politischen Seite her das herrschende Wirtschaftssystem selbst in Zweifel gezogen wird. So erhebt sich gerade aus der Problemstellung Wirtschaftswissenschaft, Politik und Bildung eine letzte Frage, die zwar über unsere Wissenschaft hinausführt. Aber sie gerade dadurch, daß sie sie nicht bei sich selbst enden läßt, als eine echte Wissenschaft legitimiert. Es ist die Frage nach Notwendigkeit und Bestand unseres Wirtschaftssystems.

Politische Bildung im Zeitalter des Kapitalismus setzt selbstverständlich ein gewisses Maß an Wissen um unsere Wirtschaft voraus. Daß der moderne Staat mit seinem Verwaltungs- und Finanzsystem sich auf der industrie-kapitalistischen Wirtschaft gründet und daraus seine politischen Formen nicht nur erst zu verstehen sind, sondern ihre besondere Bedeutung erhalten, kurz, daß die wirtschaftlich-technische Ordnung eine gewisse politische zur notwendigen Folge hat, alles das muß man wissen, nicht nur, um den eigenen Standort zu erkennen, sondern um das politische Schicksal zu verstehen und an ihm mitbestimmend in der praktischen politischen Arbeit wirken zu können. Allein so wichtig das alles ist, nicht um diese Einsicht handelt es sich bei jener Frage, die uns ebenso dringlich von der spekulativen Vernunft wie von der Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems selbst her aufgegeben wird. Es wäre freilich irrig, zu glauben, daß sie erst

durch die Weltwirtschaftskrise aufgeworfen sei. In einem weiteren Sinne kann man vielmehr sagen, daß die Frage nach Notwendigkeit und Bestand des jeweils herrschenden Wirtschaftssystems so alt ist wie das, was man die soziale Frage zu nennen pflegt. Jedes Zeitalter kennt sie und hat sie zu beantworten versucht mit Utopien, ökonomischen Evangelien oder Katastrophentheorien. Dennoch ist vielleicht keine Zeit so erfüllt gewesen von den Zweifeln an den Leistungen seines Wirtschaftssystems und der Kultur, die sich darauf gründet, wie die unsrige. Wer möchte leugnen, daß eine solche Skepsis eine schwere Gefahr ist für alles das, was von diesem Wirtschaftssystem getragen wird, und daß diejenigen, die es leichtfertig preisgeben wollen, schwerlich sich bewußt sind, welche politischen und kulturellen Entfaltungsmöglichkeiten die kapitalistische Wirtschaft uns geboten hat. Oder wird man die Behauptung wagen wollen, daß die Wirtschaft in Zukunft nicht mehr die gleiche Bedeutung für das politische Schicksal wie für die nationale Kultur haben werde, wie in den letzten anderthalb Jahrhunderten?

Doch das alles nur nebenbei. Die schwere Frage nach Notwendigkeit und Lebenskraft unseres Wirtschaftssystems führt über rein ökonomische Erwägungen hinaus, weil wie jedes Wirtschaftssystem so auch dieses von einer bestimmten Wirtschaftsgesinnung getragen wird. Diese aber kann nicht als allein durch Oekonomisches bestimmt angesehen werden, sondern sie reicht mit ihren Wurzeln immer ins Metaphysische. Diesem Bereich des Irrationalen entstammt auch die Ueberzeugung von der Ueberwindung des Eigennutzes durch den Gemein-sinn, worauf ein Fichte und Schelling, Shaftesbury und Comte, Schmoller und Rathenau ihre Auffassung des gesellschaftlichen Werdens gründen. Wo der Rationalismus sich vor verschlossenen Pforten sieht, öffnet der Idealismus die Tore und zeigt neue Wege. Das gilt auch von der Frage einer Ueberwindung des Kapitalismus und einer Neuordnung des wirtschaftlichen Lebens. Aber gerade dazu wird man der wissenschaftlichen Erkenntnis erst recht benötigen.

Gleichviel aber, wie hoch und wie weit man sich das Ziel setzt, der Wirtschaftswissenschaft bleibt immer die Aufgabe, in Kritik und Aufbau mitzuwirken an der vom politischen Willen erstrebten Welt- und Lebensordnung. Wie stark der ökonomische Einschlag solcher politischen Zielsetzungen meistens ist und wie gewaltig hierbei die Kraft ökonomischer Lehren sein kann, das wird der Welt ja augenblicklich an einem Beispiel von unerhörter Eindrucks-kraft gezeigt, wo in einem

nach ökonomischen Doktrinen organisierten Staat ganze Menschengenerationen dieses Staates für die Herrschaft einer Lehre geopfert werden.

So erwächst die letzte Aufgabe unserer Wissenschaft also dort, wo politisches, ethisches und volkswirtschaftliches Denken sich begegnen. Den Weg zur sozialen Neuordnung nicht zu verlegen, sondern ihn richtig abzustecken, heißt diese Aufgabe, auf daß er nicht dem Trugbild politischer oder ökonomischer Utopien folgend, zum Absturz in die Tiefe führt.

Jede Wissenschaft lehrt ihre Jünger die Zucht des kritischen Denkens. Wo es aber um politisches Denken und Handeln geht, da sind es die Wissenschaften von Staat und Wirtschaft, die besonders berufen erscheinen, die mit Verantwortung erfüllende Einsicht in die Zusammenhänge zu lehren und damit zum richtigen Handeln zu befähigen. Das soll weder heißen, daß die Wissenschaft der Politik Ziele zu setzen habe, noch daß sie ihr Handeln mit Zweifeln lähmen solle. Nicht Zersetzung des Willens, sondern seine Ausrichtung auf das Mögliche bedeutet uns die Verbindung Wirtschaftswissenschaft und Politik. Damit wird der Gegensatz Wirtschaft und Politik gewiß nicht aufgehoben; aber seine Austragung wird auf eine andere Ebene verlagert, wo sich Möglichkeiten eines fruchtbaren Ausgleichs eröffnen. Lehrt uns doch ein Blick auf andere Länder, daß jener Gegensatz keineswegs überall in gleichem Maße besteht, und vor allem, daß er bei anderen Völkern nicht jene unfruchtbare Schärfe wie bei uns aufzuweisen hat. Es ist offenbar ein Stück unseres politischen Schicksals, daß uns jene Einheit des religiösen, politischen und ökonomischen Denkens, die den Angelsachsen beschieden ist, ebenso abgeht wie ihr praktischer Wirklichkeitssinn, der sich in allen Lebenslagen mit Sicherheit und Selbstverständlichkeit zurechtzufinden weiß. Aber auch ein Volk, das wie das französische die Kleinbürgerlichkeit zum ökonomischen und politischen Prinzip erhoben und damit seiner Demokratie einen beneidenswerten inneren Halt und Ausgleich gegeben hat, vermag ökonomischen und politischen Krisen offenbar ganz anderen Widerstand zu leisten als wir. Gewiß, unser politisches und kulturelles Leben hat demgegenüber andere Werte aufzuweisen. Doch das steht hier nicht in Frage.

Wenn die Wirtschaftswissenschaft glaubt, ihren Beitrag zur politischen Bildung geben zu können, besser geben zu müssen, so stellt sie sich nicht in den Dienst einer Partei, wohl aber fühlt sie sich mit dem Volkstum ihrer Nation verwachsen, wie es die historische Nationalökonomie gelehrt hat. Es war Friedrich List, der das Wort vom „Nationalen

System der politischen Oekonomie“ geprägt hat; aber wie dieser Mann zugleich seinem Werk und seiner Lebensarbeit das Wort vorangesetzt hat: „et la patrie et l'humanité“, so meinen wir mit politischer Bildung nicht etwa eine bloße Steigerung des Nationalgefühls oder gar Erziehung zu Chauvinismus und Politismus. Der chauvinistische Nationalismus hat sich uns allzuoft als der fadenscheinige Deckmantel anderer Leidenschaften enthüllt, als daß wir ihm Bildungsaufgaben anvertrauen möchten. Das ist auch wohl der Sinn des harten Wortes von Grillparzer, das ich mir freilich nicht zu eigen machen möchte: „Der Weg der neuen Bildung geht von Humanität durch Nationalität zur Bestialität.“ Nationalismus und nationale Gesinnung sind uns verschiedene Dinge. Nationale Gesinnung ist uns eine Selbstverständlichkeit. Sie gehört uns zur natürlichen Temperatur des Blutes. Zu ihrer Bekundung bedarf es keines eifervollen Chauvinismus, der uns eher als ein Zeichen der Schwäche denn als Ausdruck wahrer Bewußtheit deutschen Volkstums und deutscher Kultur erscheint.

Wenn hier von Wissenschaft und Politik die Rede ist, so denken wir nicht daran, den politischen Tagesstreit in die Hochschule hineinzutragen oder gar die Wissenschaft zu politisieren, obwohl es gewiß an Versuchen zu dem einen wie zum andern nicht fehlt. Nichts liegt uns ferner als das. Wir wissen aber auch sehr wohl, daß die Hochschule die Stellungnahme zu politischen Ideen, ja selbst zu konkreten politischen Aufgaben nicht vermeiden kann und vielleicht nicht einmal vermeiden soll. Sie pflegt Wissenschaften, deren Gegenstand das staatliche und soziale Leben in seiner Bewegung, mit seinen Mitteln, Zwecken und Zielsetzungen ist. Die kritische Behandlung dieses Stoffes ist immer an bestimmte Voraussetzungen, an teleologische Gesichtspunkte gebunden. Das aber heißt die Erscheinungen des staatlichen und sozialen Lebens auf irgendwie gesetzte Werte beziehen, also selbst werten. Und doch sprechen wir solchen Wertungen wissenschaftlichen Wert nicht ab, solange nämlich, als sie sich als das ausgeben, was sie sind: an bestimmte Voraussetzungen gebundene Urteile. Nicht eine in diesem Sinne wertende Wissenschaft lehnen wir ab, sondern jene Pseudowissenschaft, die nur zum Vorhinein festgestellte Ergebnisse bestätigen soll, die auf Zustimmung oder Ablehnung zum voraus verpflichtet wird.

V.

Es wäre zum Schluß wohl noch reizvoll, der Frage nachzugehen, warum unsere bildungshungrige Zeit die Entwicklung des politischen Sinnes so sehr vernachlässigt hat, daß man statt von einer politischen

Bildung eher von einer politischen Unbildung sprechen kann. Aber das hieße doch wohl die ganze jüngste Geschichte unseres staatlichen und politischen Lebens aufrollen. Wir können nur die Gegenfrage stellen: Woran hätte sich der politische Sinn entfalten, die politische Bildung bilden sollen? Politische Bildung hat es leicht, wenn der Staat mit seinen Bürgern durch eine tragende Idee verbunden ist, die bejaht wird. Heute aber stehen wir vor der Sachlage, daß es uns nicht nur an einer solchen Idee von volksverbindender Kraft und Allgemeingültigkeit gebricht, sondern daß die Idee des Staates selbst umstritten ist. Wir wissen, daß die Wissenschaft eine solche Idee nicht geben kann. Aber sie kann und muß das Ihrige zur Klärung und damit auch zur Gestaltung der ringenden Ideen beitragen.

Diese Aufgabe, ja Verpflichtung hat gerade die Hochschule gegenüber der ihr anvertrauten Jugend. Diese Jugend, der ein politisches Schicksal, für das sie sich nicht verantwortlich fühlt, das Härteste zumutet, was Jugend überhaupt auferlegt werden kann: Verzicht auf die nationale Idee und nationale Selbstbestimmung, ist eben darum politisch viel stärker bewegt als die Jugend der Vorkriegszeit. Die Vorkriegsjugend wuchs in eine Zukunft hinein, die sie als gesichert ansah und ansehen konnte. Unsere heutige Jugend steht vor einer Zukunft, in der sie nichts anderes zu sehen vermag als das Kind einer trüben Gegenwart und die sie darum für hoffnungslos hält. Und doch ist die Hoffnung einer besseren Zukunft, um ein Wort aus Fichtes Reden an die deutsche Nation zu gebrauchen, „allein das Element, in dem wir noch atmen können. Aber nur der Träumer kann diese Hoffnung auf etwas anderes gründen denn auf ein solches, das er selbst für die Entwicklung einer Zukunft in die Gegenwart zu legen vermag“.

Wir verstehen es also sehr wohl, daß ein Teil unserer Jugend sich mit der Selbstverständlichkeit und Kritiklosigkeit der Jugend dem Radikalismus ausgeliefert hat, einem Radikalismus, der nicht selten glaubt, im Kampfe um Ideen auch Gewalttätigkeiten nicht verschmähen zu sollen. Aber es will uns scheinen, als ob ein Radikalismus, der nur Zweifel, aber kein Ziel, nur Wünsche, aber keinen Weg und keine Wirklichkeit kennt, ein schlechter Führer in die Zukunft sei. Auch glauben wir, daß Ideen sich nicht dazu eignen, um mit den Fäusten bewiesen oder einleuchtend gemacht zu werden.

Wer zur Geltendmachung seines Standpunktes der Verunglimpfung des Gegners benötigt, scheint mir damit mehr die Unsicherheit der eigenen Ueberzeugung zu bekunden als die Kraft seiner Ideen. Wer

Andersdenkende beschimpft, besudelt sich selbst. Ein solches Gebaren, wie wir es in einer politisch erregten Zeit leider täglich sehen, ist nicht Kraft, sondern Krankheit. Vor dieser Krankheit können wir, Ihre Lehrer, Sie, meine jungen Kommilitonen, nicht schützen, sondern das müssen Sie selbst tun. Gewiß, wenn Politik den Charakter verdirbt, dann soll politische Bildung dagegen immunisieren. Aber das ist ja eben das Wesen aller Bildung, daß sie selbst erarbeitet werden will. Nehmen Sie sich ein Wort zu Herzen, das Bismarck am 10. August 1891 in Kissingen zu den Vertretern der deutschen Universitäten, Technischen Hochschulen und Kunstakademien sprach: „Sie müssen sich daran gewöhnen, in jedem Deutschen zuerst den Landsmann, nicht den politischen Gegner zu sehen.“

Das ist das eine, das andere aber ist dieses: Sie werden sich, wenn Sie wahre Jünger der Wissenschaft und dereinst Führer des Volkes werden wollen, auch daran gewöhnen müssen, sich zuerst um das Verständnis der Dinge zu bemühen, ehe Sie daran Kritik üben oder gar Hand anlegen, um niederzureißen. Wenn man den Krug erst zerschlägt, dann ist es leicht, zu beweisen, daß man nicht daraus trinken kann. So treiben oder wollen es gar manche, die heute an Staat und Wirtschaft Kritik üben. Aber es ist töricht, zu glauben, man könne die ganze kapitalistische Entwicklung und damit zugleich den kapitalistischen Menschen über Bord werfen. Der kapitalistische Mensch stirbt so bald nicht aus, trotz der Theorien von Spengler, Scheler und wie sie alle heißen. Den Kapitalismus als unser Schicksal erkennen, heißt nicht, seine Auswüchse verteidigen oder auch nur dulden wollen, sondern die wirtschaftlich-technischen Grundlagen und Bedingungen unseres Daseins begreifen, um dieses selbst meistern zu können.

Doch damit bin ich an Fragen gelangt, die vielleicht nicht mehr ganz zu meinem Thema gehören, obwohl auch an ihnen das Problem Wirtschaft und politische Bildung deutlich wird. Nur dieses sei noch gesagt: Wenn man den Rahmen der Wissenschaft so weit spannt, wie ich es getan habe, so bedeutet uns das nicht die Gleichsetzung von Lehre und Leben, weder in dem Sinne, daß die Lehre das politische Handeln bestimmen, noch das Leben in der Lehre seine Rechtfertigung finden soll, wie es ihr freilich oft genug zugemutet wird. Wohl aber soll es bedeuten die Anerkennung aller Kräfte und Ideen, die im Leben eines Volkes, in Staat und Wirtschaft ihre Verwirklichung suchen.

Damit spreche ich mich nicht im Sinne einer bestimmten Bewegung aus, auch wenn diese Bewegung glaubt, der alleinige Träger aller

volks-, staats- und wirtschaftserhaltenden Kräfte zu sein. Das ist ein Irrtum. Die großen, wahrhaft sittlichen, menschlichen Fortschritte werden nur im Ringen der Kräfte erkämpft. Eine Bewegung ohne Gegenbewegung ist ein träger, in einem Sandbett schleichender oder gar in einem Sumpfe endender Strom. In dem Ringen unserer Zeit haben Liberalismus und Sozialismus, Solidarismus und Nationalismus jeder gleichviel einzusetzen, und nur aus der Zusammenarbeit dieser Kräfte werden gewiß nach mancherlei Hemmungen und Schwankungen, Irrwegen und Rückschlägen alte Institutionen aufgelöst, neue Formen gefunden und wird eine neue Epoche des geistigen, staatlichen und wirtschaftlichen Fortschrittes errungen werden.

Erkenntnis der lebendigen Kräfte der Gegenwart und des Zukunftsbildes der neuen Volksgemeinschaft, das der Nation vorschwebt, sowie der Möglichkeiten seiner Verwirklichung, die sich aus der Spannung Gegenwart und Zukunft ergeben, das ist der Sinn des politischen Bildungszieles unserer Zeit. Noch fehlt es an einer scharfen Prägung, die dieses Bildungsideal eindeutig und klar aufzuzeigen vermag. Aber wie ich mir den neuen Menschen nicht ohne starken politischen Einschlag denken kann, so nicht ohne ökonomische Einsichten. Darum wird zur Einheit der neuen Bildung auch die Wirtschaftswissenschaft ihren Beitrag zu liefern haben. Denn gibt es überhaupt eine Wissenschaft, die mehr Sinn für die Wirklichkeit aufbringt als sie und die zugleich wie sie mit ihrer Fragestellung in die Zukunft weist?

Francois Quesnay, Adam Smith und Karl Marx und vielleicht noch andere Männer der Wirtschaftswissenschaft sind jeder in seinem Sinne mit ihren Systemen ganzen Generationen das gewesen, was anderen Zeiten ihre Philosophen waren. Unsere Zeit drängt danach, daß ihr ein den Wandlungen der Seelen und der Dinge entsprechendes neues System gegeben werde, das die Verkettung des wirtschaftlichen Geschehens und die Zielsetzungen des wirtschaftlichen Wollens zu einer neuen großen Synthese bringt. Ansätze dazu sehen wir, und manche Kräfte sind am Werk. Nicht nur um dieses Zieles selbst willen, sondern auch im Ringen um dieses Ziel erscheint uns die Wirtschaftswissenschaft als gleichberechtigt neben den höchsten geistigen Bildungsmitteln unserer Zeit zu stehen.

Darum scheint mir die Wirtschaftswissenschaft auch gerade die Wissenschaft unserer jungen Generation zu sein, deren Blick vorwärts gerichtet ist. Für diese junge Generation hat die Wissenschaft, hat die Hochschule den Leitspruch:

„Ich will keinen Dämpfer für Geisteskämpfer,
Will aber Führer und nicht nur Schürer,
Seh mich gern um nach denen, die zimmern,
Bevor die Welt zerschlagen in Trümmern.“

So denke ich mir die, die mitbauen wollen an dem neuen Deutschland: Menschen, die nicht in Utilarismus und Spezialismus aufgehen oder in grobem Materialismus und unfruchtbarem Politismus untergehen, sondern die, erfüllt von dem Bewußtsein der schweren Aufgabe unserer Zeit, in entsagungsvoller und verantwortungsbewußter Arbeit sich selbst formen, ehe sie daran gehen, Staat und Welt neu zu gestalten.

Das gemeinsame Streben nach dem neuen Ideal soll das uns alle Verbindende sein, und das ist dann schon ein Stück Erfüllung.